

### Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1046/2018**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 27.02.2018

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
Verfasser/-in: Matthias Riedl, Fraktion Gießener Linke

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Sport und Integration	07.03.2018	Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

### Betreff:

**Gesellschaftliche Teilhabe durch Erweiterung des ÖPNV Angebots des Gießen-Passes  
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 26.02.2018 -**

### Antrag:

- „1. Der Magistrat wird beauftragt mit dem Kreisausschuss des Landkreises in Verhandlung zu treten, mit dem Ziel Bürgerinnen und Bürgern, die auf Transferleistungen angewiesen sind, die Nutzung des Gießen-Passes auch für Busverbindungen im Landkreis Gießen zu ermöglichen.
2. Die Stadt Gießen beteiligt sich hälftig an den entstehenden Mehrkosten des Landkreises Gießen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung stellt in diesem Zusammenhang fest, dass Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind und die keinen geförderten Wohnraum in der Stadt Gießen finden können, gesellschaftliche Teilhabe vollumfänglich ermöglicht werden muss.“

### Begründung:

Für Bürgerinnen und Bürger die aufgrund von (chronischen) Erkrankungen, körperlicher Einschränkungen, Alter oder Beschäftigungsverhältnissen, die zur Deckung des täglichen Lebensbedarfes nicht ausreichend sind, auf Transferleistungen angewiesen sind, wird es immer schwieriger in der Stadt Gießen Wohnraum zu finden, der den Kostenbeschränkungen der Arbeitsagentur des Landkreis Gießen entsprechen.

Folge ist ein notgedrungenes Ausweichen dieser Bürgerinnen und Bürger bei der Wohnraumsuche auf das Gießener Umland. Nur selten wird die Entscheidung des Umzugs, oder Wohnraumsuche im Landkreis von den Betroffenen freiwillig getroffen. Da der Gießen-Pass jedoch nur eine gesellschaftliche Teilhabe des Betroffenenkreises innerhalb der Stadt Gießen zu gewährleisten versucht, werden diese Menschen von selbiger zunehmend ausgeschlossen.

Viele Einrichtungen der sozialen Teilhabe sind, auch aufgrund der zunehmenden Verödung kleiner Gemeinden, in Gießen aufzufinden. Besuche von Bädern, Teilnahme an VHS-Kursen oder das Wahrnehmen von Betreuungsangeboten bei Kindertagesstätten ist für auf Transferleitungen angewiesene Menschen damit nur noch in Ausnahmefällen möglich. Vor allem ist die Erreichbarkeit entsprechender Einrichtungen mit dem ÖPNV und die damit entstehenden Kosten sind ein wesentliches Problem der Betroffenen Bevölkerungsgruppe.

Wenn nicht ausreichend sozialer Wohnraum in der Stadt vorhanden ist und die Schaffung nur langfristig angedacht ist, wird zumindest die Erweiterung des Gießen-Passes im Bereich des ÖPNV auf den Landkreis die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe der Betroffenen sofort erheblich verbessern.

Matthias Riedl  
Fraktionsvorsitzender